

Protokoll 41. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 15. März 2023, 17.00 Uhr bis 22.18 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Matthias Probst (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Islam Alijaj (SP), Sanija Ameti (GLP), Susanne Brunner (SVP), Hans Dellenbach (FDP), Nicole Giger (SP), Dafi Muharemi (SP), Cathrine Pauli (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2022/151](#) RPK, Wahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Walter Angst (AL) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026
3. [2020/273](#) * Weisung vom 08.03.2023: VS
Dringliche Motion der SP-, Grüne-, und AL-Fraktionen betreffend Asyl-Organisation Zürich (AOZ), Revision der gesetzlichen Grundlagen betreffend Geschäftsfeld, Führung und Übertragung der Aufsicht an den Gemeinderat, Antrag auf weitere Frist-erstreckung
4. [2023/80](#) * Weisung vom 01.03.2023: VTE
Dringliche Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen betreffend Verschiebung der Tramhaltestelle «Sihlquai» auf die Zollbrücke, Bericht und Abschreibung
5. [2023/81](#) * Weisung vom 01.03.2023: VTE
Dringliche Motion von Markus Knauss und Dr. Ann-Catherine Nabholz betreffend Umgestaltung Thurgauer-strasse zwischen Binzmühlestrasse und Stadtgrenze, Bericht und Abschreibung
6. [2023/82](#) * Weisung vom 01.03.2023: VTE
Volksinitiative «Mythen-Park», Wiedererwägung Verfahrens-antrag
7. [2023/83](#) * Weisung vom 01.03.2023: VHB
Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Im Gut, Umbau, neue VSS
einmalige Ausgaben, Kreditübertragung

8.	2023/84	*	Weisung vom 01.03.2023: Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Zurlinden, Umbau, neue einmalige Ausgaben, Kreditübertragung	VHB VSS
9.	2023/85	*	Weisung vom 01.03.2023: Postulat von Hans Dellenbach und Elisabeth Schoch betreffend Bericht zum Ausbau der Elektrizitätsinfrastruktur mit dem Fokus auf die erwartete Zunahme der Elektromobilität und des Stromverbrauchs durch Wärmepumpen sowie den steigenden Anteil der Fotovoltaik, Bericht und Abschreibung	VIB
10.	2023/103	*	Weisung vom 08.03.2023: Sozialdepartement, Bericht zur geplanten Änderung des Leistungsauftrags an die Asyl-Organisation Zürich (AOZ), Bericht und Abschreibung	VS
11.	2023/91	* E	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Ivo Bieri (SP) vom 01.03.2023: UCI-Rad- und Para-Cycling-Strassen-WM Zürich 2024, Bereitstellung eines ausreichenden Angebots für den öffentlichen Verkehr	VIB
12.	2023/94	* E	Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.03.2023: Bekämpfung des militanten Linksextremismus, Verbesserung der Vernetzung der Behörden und des Informationsmanagements	VSI
13.	2022/466		Weisung vom 28.09.2022: Präsidialdepartement, Befristete Beitragserhöhung an die Kongresshaus-Stiftung Zürich; Genehmigung der befristeten Änderung des Subventionsvertrags der Tonhalle-Gesellschaft Zürich AG, Zusatzkredite	STP
14.	2022/526		Weisung vom 02.11.2022: Schul- und Sportdepartement, PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich, Beiträge ab 2024	VSS
15.	2022/672		Weisung vom 21.12.2022: Grün Stadt Zürich, Nutzungsänderung Chinagarten, neue wiederkehrende Ausgaben ab 2023	VTE
16.	2022/669		Weisung vom 21.12.2022: Dringliche Motion der SP- und AL-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP betreffend Ausübung des Vorkaufsrechts der Stadt für den Erwerb der Liegenschaft an der Krähbühlstrasse 58, Bericht und Abschreibung	FV

- | | | | | |
|-----|---------------------------------|-----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 17. | <u>2022/276</u> | | Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 22.06.2022:
Städtische Finanzpolitik, nötige Rahmenbedingungen für eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen sowie Auswirkungen dieser möglichen Steuersenkungen auf den Finanzhaushalt der Stadt | FV |
| 18. | <u>2022/287</u> | A/P | Motion von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Anna Graff (SP) vom 29.06.2022:
Pilotprojekt für die Einführung einer 35-Stunden-Woche für städtische Angestellte im Schichtbetrieb | FV |
| 19. | <u>2022/290</u> | E/A | Postulat von Anna Graff (SP) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 29.06.2022:
Pilotversuch für eine Viertagewoche bei maximal 35 Stunden Arbeit pro Woche mit einem gestaffelten, lohnabhängigen Lohnausgleich | FV |
| 20. | <u>2022/348</u> | | Interpellation von Flurin Capaul (FDP) und Selina Frey (GLP) vom 13.07.2022:
Entwicklung von IT-Applikationen im Rahmen der Digitalisierung, Zunahme der Applikationen pro Jahr und Departement, Kriterien für eine Betrachtung der Wirtschaftlichkeit und Validierung der Vorteile und Einsparungen | FV |
| 21. | <u>2022/405</u> | E/A | Postulat von Rahel Habegger (SP) und Nadia Huberson (SP) vom 31.08.2022:
Offenlegung der Lohnbandbreite bei Stellenausschreibungen | FV |
| 29. | <u>2022/274</u> | | Interpellation von Patrik Brunner (FDP) und Dr. Frank Rühli (FDP) vom 22.06.2022:
Umsetzung des städtischen Klimaschutzziels Netto-Null bis 2040, Schritte zur Festlegung des Absenkpfeils, Veröffentlichung des jährlichen Zwischenberichts, Vorgehen und Kennzahlen betreffend Monitoring sowie Erfassung und Senkung der indirekten Emissionen | VGU |
| 30. | <u>2022/270</u> | A | Postulat von Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 22.06.2022:
Verhinderung von Öko-Vetternwirtschaft bei Klimaschutzprojekten | VGU |
| 31. | <u>2022/275</u> | | Interpellation von Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 22.06.2022:
Umsetzung des Netto-Null-Ziels, Verhinderung von Öko-Vetternwirtschaft bei öffentlich finanzierten Projekten und Massnahmen zur Offenlegung von finanziellen Vorteilen | VGU |

32. [2022/338](#) A/P Motion von Julia Hofstetter (Grüne) und Barbara Wiesmann (SP) vom 13.07.2022: Realisierung von CO₂-Reduktionen durch eine internationale Klimafinanzierung im Umfang von 10 Prozent des jährlichen CO₂-Ausstosses der Stadt Zürich VGU
33. [2022/375](#) E/A Postulat von Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 24.08.2022: Pilotprojekt für eine kostenlose Nutzung der Toiletten von Gastronomiebetrieben und Geschäften ohne Konsumationspflicht VGU
34. [2022/433](#) Interpellation von Tanja Maag Sturzenegger (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 07.09.2022: Programm «Stärkung Pflege» der Stadt, Fortschritte bei der Implementierung des Programms, Massnahmen zur Förderung einer guten Führungskultur und im Bereich Selbstbestimmung des Personals, Weiterbildung und Entwicklung, Arbeitszeitmodelle sowie im Kontext der Ausbildung VGU
35. [2022/448](#) A Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 14.09.2022: Verzicht auf das Förderprogramm «Heizungersatz und Heizungsoptimierung» aufgrund der Energie-Krise VGU

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

1503. 2023/70

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 08.02.2023: Festsetzung der Gesamterneuerungswahlen für den Gemeinderat frühestens im März

Roger Bartholdi (SVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 22. März 2023 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

1504. 2023/96**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.03.2023:
Bekämpfung des militanten Linksextremismus in Zusammenarbeit mit allen
Sicherheitsbehörden als Legislatorschwerpunkt**

Samuel Balsiger (SVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 22. März 2023 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1505. 2023/121**Erklärung der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 15.03.2023:
Aufnahme der Ziele zur Eindämmung der weltweiten Klimakrise und zum Schutz
der Biodiversität in die Anlagestrategie der Schweizerischen Nationalbank**

Namens der SP-, Grüne- und AL-Fraktion verliest Yves Henz (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Die Klimaziele gelten auch für die Nationalbank

Die Auswirkungen der Klimakrise werden immer deutlicher – die grünen Skipisten Anfang dieses Jahres sind nur ein Vorgeschmack darauf, was passiert, wenn der CO₂-Ausstoss nicht deutlich reduziert wird.

Tatsächlich ist die Schweiz im internationalen Vergleich klein, doch wir haben mit unseren Banken und Versicherungen die grössten klimapolitischen Hebel zur Hand – Hebel, die weit über die Schweiz und Europa hinausreichen. Dazu gehört auch die Schweizerische Nationalbank (SNB). Eine Gruppe von 170 privaten Aktionär:innen der SNB nimmt sich zum Ziel, die SNB auf Klimakurs zu bringen.

Die Klima-Aktionär:innen fordern an der kommenden Generalversammlung der SNB vom 28. April, dass die Nationalbank die Eindämmung der weltweiten Klimakrise und den Schutz der Biodiversität endlich als Ziele in ihre Anlagestrategie aufnimmt. In ihren Anträgen an die Generalversammlung verlangen die Klima-Aktionär:innen, dass die SNB ihre Geldpolitik mit dem Pariser Klima-Abkommen und dem kürzlich verabschiedeten Biodiversitätsabkommen abstimmt. Die Nationalbank soll einen Transitionsplan vorlegen und aufzeigen, wie sie zur Einhaltung des 1.5-Grad-Ziels und zur Wiederherstellung der Biodiversität beitragen wird. Die Stadt Zürich hält Aktien der SNB und ist somit an der kommenden Versammlung stimmberechtigt.

Die Fraktionen SP, Grüne, AL fordern den Stadtrat dazu auf, sein Stimmrecht aktiv auszuüben und die Anträge der Klima-Aktionär:innen zu unterstützen:

1. Die SNB soll einen Transitionsplan aufstellen

Die SNB soll einen Transitionsplan erstellen, um ihr Devisenportfolio an den Zielen des Pariser Klimaabkommens und des Übereinkommens über die biologische Vielfalt auszurichten. Transitionspläne sollen aufzeigen, wie die SNB «proaktiv und effektiv» dazu beiträgt, die 1.5Grad-Grenze des Pariser Abkommens einzuhalten.

2. Zusätzliche Regulierungen, mehr Eigenkapital

Die Koalition will, dass die SNB zusätzliche Regulierungen ergreift im Umgang mit Klima- und Biodiversitätsrisiken für den Schweizer Finanzplatz. Die risikogewichteten Eigenkapitalanforderungen sollen geändert werden. Das Investieren in Kohle-, Gas-, und Ölunternehmen ist heute falsch gewichtet - Der Schaden für Mensch und Umwelt wird nicht einkalkuliert.

3. Ein Ethikrat für die SNB

Die Koalition beantragt auch die Gründung eines Ethikrats für die SNB. Dieser soll vor allem die Anlageentscheide der SNB überwachen.

Die SNB bildet unter den westeuropäischen Zentralbanken bezüglich Umweltstandards in der Anlagestrategie das Schlusslicht. Die Anträge der KlimaAktionär:innen sind abgestützt auf von der Schweiz ratifizierte internationale Abkommen. Die Stadt Zürich soll ihr Stimmrecht nutzen, diese Abmachungen Realität werden zu lassen.

G e s c h ä f t e**1506. 2022/151**

RPK, Wahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Walter Angst (AL) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026

Es wird gewählt:

Tanja Maag Sturzenegger (AL)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

1507. 2020/273

Weisung vom 08.03.2023:

Dringliche Motion der SP-, Grüne-, und AL-Fraktionen betreffend Asyl-Organisation Zürich (AOZ), Revision der gesetzlichen Grundlagen betreffend Geschäftsfeld, Führung und Übertragung der Aufsicht an den Gemeinderat, Antrag auf weitere Fristerstreckung

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 13. März 2023

1508. 2023/80

Weisung vom 01.03.2023:

Dringliche Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen betreffend Verschiebung der Tramhaltestelle «Sihlquai» auf die Zollbrücke, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 13. März 2023

1509. 2023/81

Weisung vom 01.03.2023:

Dringliche Motion von Markus Knauss und Dr. Ann-Catherine Nabholz betreffend Umgestaltung der Thurgauerstrasse zwischen Binzmühlestrasse und Stadtgrenze, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 13. März 2023

1510. 2023/82

Weisung vom 01.03.2023:

Volksinitiative «Mythen-Park», Wiedererwägung Verfahrens Antrag

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 13. März 2023

1511. 2023/83**Weisung vom 01.03.2023:****Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Im Gut, Umbau, neue einmalige Ausgaben, Kreditübertragung**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 13. März 2023

1512. 2023/84**Weisung vom 01.03.2023:****Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Zurlinden, Umbau, neue einmalige Ausgaben, Kreditübertragung**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 13. März 2023

1513. 2023/85**Weisung vom 01.03.2023:****Postulat von Hans Dellenbach und Elisabeth Schoch betreffend Bericht zum Ausbau der Elektrizitätsinfrastruktur mit dem Fokus auf die erwartete Zunahme der Elektromobilität und des Stromverbrauchs durch Wärmepumpen sowie den steigenden Anteil der Fotovoltaik, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 13. März 2023

1514. 2023/103**Weisung vom 08.03.2023:****Sozialdepartement, Bericht zur geplanten Änderung des Leistungsauftrags an die Asyl-Organisation Zürich (AOZ), Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 13. März 2023

1515. 2023/91**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Ivo Bieri (SP) vom 01.03.2023: UCI-Rad- und Para-Cycling-Strassen-WM Zürich 2024, Bereitstellung eines ausreichenden Angebots für den öffentlichen Verkehr**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1516. 2023/94**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.03.2023:
Bekämpfung des militanten Linksextremismus, Verbesserung der Vernetzung der
Behörden und des Informationsmanagements**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Moritz Bögli (AL) stellt namens der AL-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Samuel Balsiger (SVP) vom 8. März 2023 (vergleiche Beschluss-Nr. 1468/2023).

Die Dringlicherklärung wird von 34 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1517. 2022/466**Weisung vom 28.09.2022:****Präsidialdepartement, Befristete Beitragserhöhung an die Kongresshaus-Stiftung
Zürich; Genehmigung der befristeten Änderung des Subventionsvertrags der
Tonhalle-Gesellschaft Zürich AG, Zusatzkredite**

Antrag des Stadtrats

1. Für die nicht gedeckten Kosten der Werterhaltung der Liegenschaft sowie der periodischen Instandsetzungen von Kongresshaus und Tonhalle der Kongresshaus-Stiftung Zürich wird zum teuerungsbereinigten Beitrag von Fr. 2 909 600.– (Preisstand: 1. Januar 2022, Zürcher Konsumentenpreisindex) gemäss GR Nr. 2015/306 ab 1. August 2022 ein bis zum 31. Mai 2028 befristeter Zusatzkredit von jährlich höchstens Fr. 950 000.– bewilligt. Der neue Betrag beträgt somit bis zum 31. Mai 2028 insgesamt jährlich höchstens Fr. 3 859 600.– (Preisstand: 1. Januar 2022, Zürcher Konsumentenpreisindex).
2. Die folgenden befristeten Änderungen des Subventionsvertrags zwischen der Stadt und der Tonhalle-Gesellschaft Zürich AG vom 10. Februar 2021 (AS 444.110) werden genehmigt:

Übergangsbestimmung für die Geschäftsjahre 2022/23 bis 2027/28

¹ Die Tonhalle-Gesellschaft Zürich AG vermietet ab Geschäftsjahr 2022/23 befristet bis Ende Geschäftsjahr 2027/28 die Tonhalle-Säle an Drittveranstaltende im Bereich der klassischen und zeitgenössischen Musik. Sie berücksichtigt dabei lokale Veranstalterinnen und Veranstalter angemessen und sorgt für ein qualitativ hochstehendes, vielfältiges Programmangebot.

² Die Regelung von Art. 8 Abs. 2 ist für die Dauer der Vermietungsleistung gemäss Abs. 1 aufgehoben.

³ Der Mietbeitrag an die Tonhalle-Gesellschaft Zürich AG erhöht sich für die Dauer der Vermietungsleistung gemäss Abs. 1 um Fr. 216 800.– auf Fr. 2 451 800.– (Stand: August 2022).

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Christina Horisberger (SP)

Namens des Stadtrats nimmt stellvertretend für die Stadtpräsidentin der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Christina Horisberger (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maya Kägi Götz (SP), Snezana Blickenstorfer (GLP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Roger Föhn (EVP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Liv Mahrer (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit:	Moritz Bögli (AL), Referent
Enthaltung:	Stefan Urech (SVP)
Abwesend:	Präsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Islam Alijaj (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Christina Horisberger (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maya Kägi Götz (SP), Snezana Blickenstorfer (GLP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Roger Föhn (EVP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Liv Mahrer (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit:	Moritz Bögli (AL), Referent
Enthaltung:	Stefan Urech (SVP)
Abwesend:	Präsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Islam Alijaj (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die nicht gedeckten Kosten der Werterhaltung der Liegenschaft sowie der periodischen Instandsetzungen von Kongresshaus und Tonhalle der Kongresshaus-Stiftung Zürich wird zum teuerungsbereinigten Beitrag von Fr. 2 909 600.– (Preisstand: 1. Januar 2022, Zürcher Konsumentenpreisindex) gemäss GR Nr. 2015/306 ab 1. August 2022 ein bis zum 31. Mai 2028 befristeter Zusatzkredit von jährlich höchstens Fr. 950 000.– bewilligt. Der neue Betrag beträgt somit bis zum 31. Mai 2028 insgesamt jährlich höchstens Fr. 3 859 600.– (Preisstand: 1. Januar 2022, Zürcher Konsumentenpreisindex).
2. Die folgenden befristeten Änderungen des Subventionsvertrags zwischen der Stadt und der Tonhalle-Gesellschaft Zürich AG vom 10. Februar 2021 (AS 444.110) werden genehmigt:

Übergangsbestimmung für die Geschäftsjahre 2022/23 bis 2027/28

¹ Die Tonhalle-Gesellschaft Zürich AG vermietet ab Geschäftsjahr 2022/23 befristet bis Ende Geschäftsjahr 2027/28 die Tonhalle-Säle an Drittveranstaltende im Bereich der klassischen und zeitgenössischen Musik. Sie berücksichtigt dabei lokale Veranstalterinnen und Veranstalter angemessen und sorgt für ein qualitativ hochstehendes, vielfältiges Programmangebot.

² Die Regelung von Art. 8 Abs. 2 ist für die Dauer der Vermietungsleistung gemäss Abs. 1 aufgehoben.

³ Der Mietbeitrag an die Tonhalle-Gesellschaft Zürich AG erhöht sich für die Dauer der Vermietungsleistung gemäss Abs. 1 um Fr. 216 800.– auf Fr. 2 451 800.– (Stand: August 2022).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 22. März 2023 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 22. Mai 2023)

1518. 2022/526

Weisung vom 02.11.2022:

Schul- und Sportdepartement, PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich, Beiträge ab 2024

Ausstand: Maya Kägi Götz (SP), Sabine Koch (FDP), Urs Riklin (Grüne)

Antrag des Stadtrats

1. Für Bibliotheksleistungen wird der PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich ab 2024 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 10 600 000.– bewilligt.
2. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, reduziert sich die Subvention analog Gemeinderatsbeschluss Nr. 1158/2019 (GR Nr. 2017/59).
3. Die Ausgabenbewilligung der Stimmberechtigten betreffend jährliche Beiträge an die Pestalozzigesellschaft vom 13. Juli 1930 wird per Ende 2023 aufgehoben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Christine Huber (GLP)

Änderungsantrag der SVP-Fraktion zu Dispositivziffer 1

Stefan Urech (SVP) beantragt namens der SVP-Fraktion folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für Bibliotheksleistungen wird der PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich ab 2024 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich ~~Fr. 10 600 000.–~~ Fr. 9 400 000.– bewilligt.

Der Rat lehnt den Antrag von Stefan Urech (SVP) mit 13 gegen 99 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffer 3 wird zu Dispositivziffer 2).

Mehrheit: Christine Huber (GLP), Referentin; Snezana Blickenstorfer (GLP), Roger Föhn (EVP),
Christina Horisberger (SP), Liv Mahrer (SP), Stefan Urech (SVP)
Minderheit: Moritz Bögli (AL), Referent; Dr. Balz Bürgisser (Grüne)
Abwesend: Präsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Islam Alijaj (SP)
Ausstand: Vizepräsidentin Maya Kägi Götz (SP), Sabine Koch (FDP), Urs Riklin (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag der SVP-Fraktion, neue Dispositivziffer 4

Stefan Urech (SVP) beantragt namens der SVP-Fraktion folgende neue Dispositivziffer 4:

4. Die PBZ verpflichtet sich dazu, den prozentualen Anteil der MINT-Medien am gesamten Angebot über die nächsten vier Jahre zu steigern.

Der Rat lehnt den Antrag von Stefan Urech (SVP) mit 25 gegen 88 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Zustimmung: Christine Huber (GLP), Referentin; Snezana Blickenstorfer (GLP), Moritz Bögli (AL),
Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Roger Föhn (EVP), Christina Horisberger (SP), Liv
Mahrer (SP)
Enthaltung: Stefan Urech (SVP)
Abwesend: Präsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Islam Alijaj (SP)
Ausstand: Vizepräsidentin Maya Kägi Götz (SP), Sabine Koch (FDP), Urs Riklin (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für Bibliotheksleistungen wird der PBZ Pestalozzi-Bibliothek Zürich ab 2024 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 10 600 000.– bewilligt.
2. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, reduziert sich die Subvention analog Gemeinderatsbeschluss Nr. 1158/2019 (GR Nr. 2017/59).
3. Die Ausgabenbewilligung der Stimmberechtigten betreffend jährliche Beiträge an die Pestalozzigesellschaft vom 13. Juli 1930 wird per Ende 2023 aufgehoben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 22. März 2023 gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung

1519. 2022/672**Weisung vom 21.12.2022:****Grün Stadt Zürich, Nutzungsänderung Chinagarten, neue wiederkehrende Ausgaben ab 2023**

Antrag des Stadtrats

Für die Nutzungsänderung des Chinagartens werden ab 1. Januar 2023 neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich Fr. 400 000.– bewilligt.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Benedikt Gerth (Die Mitte)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Benedikt Gerth (Die Mitte), Referent; Vizepräsident Beat Oberholzer (GLP), Niyazi Erdem (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Andreas Kirstein (AL), Ursina Merkle (SP), Carla Reinhard (GLP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP), Dominik Waser (Grüne), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit:	Präsident Johann Widmer (SVP), Referent
Abwesend:	Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 10 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Nutzungsänderung des Chinagartens werden ab 1. Januar 2023 neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich Fr. 400 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 22. März 2023 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 22. Mai 2023)

1520. 2022/669**Weisung vom 21.12.2022:****Dringliche Motion der SP- und AL-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP betreffend Ausübung des Vorkaufsrechts der Stadt für den Erwerb der Liegenschaft an der Krähbühlstrasse 58, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums

1. Vom Bericht betreffend Ausübung des Vorkaufsrechts der Stadt für den Erwerb der Liegenschaft an der Krähbühlstrasse 58 wird Kenntnis genommen.

2. Die Motion GR Nr. 2019/213 der SP- und AL-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP vom 22. Mai 2019 wird abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Judith Boppart (SP)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Judith Boppart (SP), Referentin; Präsident Luca Maggi (Grüne), Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Hans Dellenbach (FDP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Anthony Goldstein (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) i. V. von Martin Götzl (SVP), Serap Kahriman (GLP), Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Judith Boppart (SP), Referentin; Präsident Luca Maggi (Grüne), Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Hans Dellenbach (FDP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Anthony Goldstein (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) i. V. von Martin Götzl (SVP), Serap Kahriman (GLP), Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Ausübung des Vorkaufsrechts der Stadt für den Erwerb der Liegenschaft an der Krähbühlstrasse 58 wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion GR Nr. 2019/213 der SP- und AL-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP vom 22. Mai 2019 wird abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 22. März 2023

1521. 2022/276

Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 22.06.2022:

Städtische Finanzpolitik, nötige Rahmenbedingungen für eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen sowie Auswirkungen dieser möglichen Steuer-senkungen auf den Finanzhaushalt der Stadt

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1611 vom 14. Dezember 2022).

Samuel Balsiger (SVP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

1522. 2022/287**Motion von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Anna Graff (SP) vom 29.06.2022:
Pilotprojekt für die Einführung einer 35-Stunden-Woche für städtische Angestellte
im Schichtbetrieb**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 319/2022).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 60 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1523. 2022/290**Postulat von Anna Graff (SP) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 29.06.2022:
Pilotversuch für eine Viertagewoche bei maximal 35 Stunden Arbeit pro Woche
mit einem gestaffelten, lohnabhängigen Lohnausgleich**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Anna Graff (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 322/2022).

Martina Zürcher (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 13. Juli 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 60 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1524. 2022/348**Interpellation von Flurin Capaul (FDP) und Selina Frey (GLP) vom 13.07.2022:
Entwicklung von IT-Applikationen im Rahmen der Digitalisierung, Zunahme der
Applikationen pro Jahr und Departement, Kriterien für eine Betrachtung der
Wirtschaftlichkeit und Validierung der Vorteile und Einsparungen**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1364 vom 23. November 2022).

Flurin Capaul (FDP) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

1525. 2022/405

**Postulat von Rahel Habegger (SP) und Nadia Huberson (SP) vom 31.08.2022:
Offenlegung der Lohnbandbreite bei Stellenausschreibungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Rahel Habegger (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 533/2022).

Martin Götzl (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 26. Oktober 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 102 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1526. 2022/274

**Interpellation von Patrik Brunner (FDP) und Dr. Frank Rühli (FDP) vom 22.06.2022:
Umsetzung des städtischen Klimaschutzziels Netto-Null bis 2040, Schritte zur
Festlegung des Absenkpfeils, Veröffentlichung des jährlichen Zwischenberichts,
Vorgehen und Kennzahlen betreffend Monitoring sowie Erfassung und Senkung
der indirekten Emissionen**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1522 vom 7. Dezember 2022).

Dr. Frank Rühli (FDP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

1527. 2022/270

**Postulat von Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 22.06.2022:
Verhinderung von Öko-Vetternwirtschaft bei Klimaschutzprojekten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Johann Widmer (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 268/2022).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 33 gegen 82 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1528. 2022/275

Interpellation von Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 22.06.2022:

Umsetzung des Netto-Null-Ziels, Verhinderung von Öko-Vetternwirtschaft bei öffentlich finanzierten Projekten und Massnahmen zur Offenlegung von finanziellen Vorteilen

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1612 vom 14. Dezember 2022).

Johann Widmer (SVP) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

1529. 2022/338

Motion von Julia Hofstetter (Grüne) und Barbara Wiesmann (SP) vom 13.07.2022: Realisierung von CO₂-Reduktionen durch eine internationale Klimafinanzierung im Umfang von 10 Prozent des jährlichen CO₂-Ausstosses der Stadt Zürich

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Julia Hofstetter (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 407/2022).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Barbara Wiesmann (SP) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 59 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1530. 2022/375

Postulat von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 24.08.2022:

Pilotprojekt für eine kostenlose Nutzung der Toiletten von Gastronomiebetrieben und Geschäften ohne Konsumationspflicht

Gemäss schriftlicher Mitteilung der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 487/2022).

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet den von Andreas Egli (FDP) namens der FDP-Fraktion am 7. September 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Tiba Ponnuthurai (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in der Stadt Zürich ein Pilotprojekt umgesetzt werden kann, bei dem in Gastronomiebetrieben und Geschäften kostenlos und ohne Konsumationspflicht die Toilette genutzt werden kann. Die Toiletten sollen möglichst über das ganze Stadtgebiet verteilt verfügbar sein. Die Zugänglichkeit für verschiedene Menschen und die Barrierefreiheit sollen beachtet werden. Dieses Angebot soll als Ergänzung zu den bestehenden öffentlichen WC Anlagen entstehen. Eine mögliche Entschädigung für die Teilnehmenden soll geprüft werden. Die Teilnahme soll entschädigt werden und basiert auf Freiwilligkeit.

Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 81 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1531. 2022/433

Interpellation von Tanja Maag Sturzenegger (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 07.09.2022:

Programm «Stärkung Pflege» der Stadt, Fortschritte bei der Implementierung des Programms, Massnahmen zur Förderung einer guten Führungskultur und im Bereich Selbstbestimmung des Personals, Weiterbildung und Entwicklung, Arbeitszeitmodelle sowie im Kontext der Ausbildung

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 428 vom 1. März 2023).

Tanja Maag Sturzenegger (AL) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

1532. 2022/448

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 14.09.2022: Verzicht auf das Förderprogramm «Heizungersatz und Heizungsoptimierung» aufgrund der Energie-Krise

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 630/2022).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 13 gegen 101 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1533. 2023/122

Motion von Reto Brüesch (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 15.03.2023: Liegenschaft an der Wattstrasse 6, Erstellung von Wohnraum für die ältere Bevölkerung

Von Reto Brüesch (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 15. März 2023 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, an der Wattstrasse 6 (Parzelle OE 6464) ex Postpaketstelle im Zentrum von Zürich Oerlikon eine Wohnliegenschaft für die ältere Bevölkerung in der jetzigen Z7-Zone zu erstellen.

Begründung:

In der Weisung 2017/434 ist festgehalten, dass die Räumlichkeiten an der Wattstrasse 6 zurzeit als Zwischennutzung für Schutz & Rettung genutzt werden, bis die neue Brandwache Nord an der Binzmühlestrasse Ende 2024 fertig ist. Danach sei die Nutzung des Gebäudes noch offen.

Die Bevölkerungszahl in Zürich Nord hat in den letzten 20 Jahren um 40 Prozent zugenommen und wird gemäss Prognose in den nächsten 20 Jahren nochmals um 25 Prozent zunehmen. Durch die hohe Nachfrage wird der bezahlbare Wohnraum rar. Dies insbesondere für Bevölkerungskreise, welche wenig Geld zur Verfügung haben.

Die Grösse und Bedeutung der Bevölkerung in der Stadt im Alter von über 60 Jahren (über 18 Prozent im Jahr 2020 waren älter als 60) nimmt laufend zu. Der Ausbau des Angebots an Alterswohnungen muss mit dieser Entwicklung Schritt halten. Die rekordhohen Wartezeiten für Menschen, die eine Alterswohnung oder einen betreuten Platz suchen, müssen verkürzt werden.

Gemäss wohnpolitischem Grundsatzartikel aus dem Jahr 2011 sollte die Stadt in Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Partnern ein an der Nachfrage orientiertes Angebot an Alterswohnungen und betreuten Einrichtungen für ältere Menschen gewährleisten. Nach der genehmigten Altersstrategie 2035 wird in den nächsten zehn bis 20 Jahren die Anzahl älterer Personen deutlich höher sein. Daher sollte es möglich sein, dass das Wohnangebot an so zentraler Lage erweitert wird, um einen Teil der immer grösseren Nachfrage abzudecken.

Wie und wo wir uns im Alter leisten können zu wohnen, bestimmt im Kern über die Möglichkeiten, unser Leben frei zu gestalten. Deshalb sind Lebensräume mit zahlbaren Alterswohnungen ein schützenswertes Gut. Die Wohnkosten sind der grösste Posten in einem Haushaltsbudget und volkswirtschaftlich der bedeutendste Anteil an den Ausgaben bei älteren Personen.

Deshalb soll auf der erwähnten Parzelle nach der Zwischennutzung von Schutz & Rettung Wohnraum für das Alter geplant und erstellt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

1534. 2023/123

Postulat von Reto Brüesch (SVP) und Jean-Marc Jung (SVP) vom 15.03.2023: Verbesserung der Energieeffizienz der bestehenden Wohn- und Gewerbeliegen- schaften im städtischen Finanzvermögen

Von Reto Brüesch (SVP) und Jean-Marc Jung (SVP) ist am 15. März 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Energieeffizienz der bestehenden Wohn- und Gewerbeliegenschaften im städtischen Finanzvermögen deutlich verbessert werden kann.

Dazu soll eruiert werden, ob die Liegenschaften periodisch überprüft und daraus Massnahmen abgeleitet werden müssen, welche die drei Nachhaltigkeitsbereiche Ressourceneffizienz, Kosteneffizienz und soziale Verträglichkeit. Jedes Jahr sollen diejenigen 20 Prozent der Liegenschaften identifiziert werden, deren

energetische Sanierung sich am meisten lohnen würde. Dabei soll auf dem Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK-Plus) aufgebaut werden, welchen die Verwaltung auch den privaten Eigentümer anbietet.

Der Stadtrat soll eine Analyse vorlegen, wie sich der Energieverbrauch der besagten Liegenschaften verändert hat und aktualisiert sie alle vier Jahre für die sanierten, beziehungsweise für die zu sanierenden Objekte. Letztere jeweils jedes Jahr.

Begründung:

Die Stadt Zürich nennt sich Energiestadt. Deshalb sollte die Stadt mit gutem Beispiel voran gehen und ihre Liegenschaften punkto Energieeffizienz auf einen vorbildlichen Stand bringen.

Strategisches Ziel der Stadt Zürich sollte sein, die Energieeffizienz ihres Immobilienbestandes wirtschaftlich nachhaltig weiter zu verbessern. Im Bereich Verwaltungsbauten wird dieses Ziel schon seit längerem umgesetzt. Bei den rund 14'000 Wohnungen und 1'500 Gewerbeflächen in städtischem Besitz liegt aber noch ein enormes Energieeinsparungspotenzial brach.

Bevor eine neue erneuerbare Heizung eingebaut wird, sollten vielmehr zuerst der Gesamtenergiebedarf analysiert und daraus abgeleitet Massnahmen ergriffen werden. Die Verringerung des Energiebedarfs bringt viel mehr, als erst eine Heizung und später das Gebäude zu sanieren. Denn dann ist die Heizung zu gross und somit ineffizient. Durch Optimierung in der Gebäudehülle, der Haustechnik und des Energieverbrauchs wird der Konsum gesenkt, was sich wiederum in niedrigeren Nebenkosten für die Mietparteien niederschlägt. Durch regelmässige Erfassung und Analyse der verschiedenen Energieverbräuche kann die Entwicklung der Optimierung begleitet und mit anderen Gebäuden verglichen werden. Den Zusatzinvestitionen stehen demzufolge eingesparte Energiekosten gegenüber und deshalb sollte dies ganzheitlich betrachtet werden.

Der schweizweit einheitliche Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK) bewertet die Qualität der Gebäudehülle und die Gesamtenergieeffizienz der Gebäudetechnik. Der GEAK Plus beinhaltet zudem einen Beratungsbericht mit Varianten von energetischen Sanierungen. Das GEAK-Optimierungstool wendet die Stadt Zürich jetzt schon bei den Energieberatungen bei Gebäuden im Privateigentum an.

Mitteilung an den Stadtrat

1535. 2023/124

Postulat von Jean-Marc Jung (SVP) und Reto Brüesch (SVP) vom 15.03.2023: Hochschulgebiet Zürich Zentrum (HGZZ), direkte Verbindung zwischen dem Hauptgebäude und dem Grossgebäude FORUM UZH

Von Jean-Marc Jung (SVP) und Reto Brüesch (SVP) ist am 15. März 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er im Zusammenhang mit dem Hochschulgebiet Zürich Zentrum (HGZZ) eine direkte Verbindung zwischen dem bestehenden Hauptgebäude der Universität Zürich und dem bald zu bauenden Grossgebäude FORUM UZH auf der gegenüberliegenden Strassenseite herstellen kann.

Begründung:

Im Hochschulgebiet Zürich Zentrum (HGZZ) schreiten die Planungen rasch voran, die Bauarbeiten haben teils schon begonnen. Die Teilbauprojekte des Universitätsspitals (USZ) und der Universität Zürich (UZH) sind anspruchsvoll und versprechen viel nationale und internationale Ausstrahlung. Neben den beiden grossen Neubauten konkretisieren sich zwischenzeitlich auch die kleineren Projekte im und rund um das Hochschulgebiet.

Auch die Planung des neuen Bildungs- und Forschungszentrum FORUM UZH schreitet voran. Der Baubeginn ist auf 2024 geplant und der Bau soll ebenfalls per 2028 bezogen werden. Fünf neue Hörsäle, Seminarräume für verschiedene Lehrformate, ein Café, eine Bibliothek, eine Mensa, Läden sowie vier Turnhallen und weitere Sporträume für Studierende, Kantonsschüler und die Quartierbevölkerung soll es geben. Über dem Sockelbau «schwebt» der Hochbau für die Forschung.

Gemäss Internet der Stadt Zürich wird das FORUM UZH für rund 6'000 Personen geschaffen und bietet rund 700 Arbeitsplätze für Studierende. Das neue FORUM UZH und das alte Hauptgebäude bilden eine institutionelle und ideelle Einheit. Sie liegen schräg vis-à-vis voneinander und gehören verbunden, sie bilden eine umfassende Einheit. Der Lichthof des alten Hauptgebäudes ist tiefergelegt als der obere Haupteingang. Beim Bau des neuen Gebäudes FORUM UZH wird eine riesige Baugrube entstehen. Eine Gebäudeverbindung via Untertunnelung sollte möglich sein (vgl. Tunnel beim Kunsthaus) und/oder eine Passerelle

(vgl. Gleisbogen). So können die vielen tausend Studenten, welche in diesem Gebiet die Gloriastrasse täglich überqueren werden, und heute schon tun (z.B. zu den Turnhallen oder den Vorlesungssälen am Haldeliweg), ohne Gefahr die Gloriastrasse unter- und/oder überqueren. Sowohl der öffentliche als auch der private Verkehr können so etwas flüssiger organisiert werden, auch Ambulanzen finden schneller ihren lebensrettenden Weg.

Mitteilung an den Stadtrat

1536. 2023/125

Postulat von Patrik Maillard (AL) und Tanja Maag Sturzenegger (AL) vom 15.03.2023:

Angestellte in Berufen mit grosser körperlicher Belastung, Möglichkeit einer Rente im Alter von 60 Jahren mit guter finanzieller Absicherung

Von Patrik Maillard (AL) und Tanja Maag Sturzenegger (AL) ist am 15. März 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie städtische Angestellte in Berufen mit grosser körperlicher Belastung bereits im Alter von 60 Jahren finanziell gut abgesichert in Rente gehen können. Dabei soll der Anteil der Arbeitnehmenden an den Überbrückungskosten verhältnismässig tief gehalten werden, ähnlich wie das im Bauhauptgewerbe seit 2003 im GAV/FAR geregelt ist (Kostenbeteiligung: 20% Arbeitnehmende, 80% Arbeitgeber:innen).

Begründung:

Wer lange in einem körperlich anstrengenden Beruf arbeitet, erreicht das Pensionsalter nur selten bei guter Gesundheit. So erreichte laut UNIA vor der Einführung des Rentenalters 60 auf dem Bau gerade ein Fünftel der Bauarbeiter gesund das Rentenalter; 80 Prozent der Bauarbeiter wurden in die Invalidität, Arbeitslosigkeit oder aus dem Beruf gedrängt (<https://www.unia.ch/de/arbeitswelt/von-a-z/bau/flexibler-altersruecktritt-far>).

Ähnliches gilt für andere «Verschleissberufe» wie z.B. in der Reinigungsbranche, in der Gastronomie, im Gartenbau, der Kehrriechtabfuhr, der Pflege und weiteren Berufssparten mit hohen gesundheitlichen Belastungen und oft auch mit einer schlechten Entlohnung.

Die Arbeitenden im Bauhauptgewerbe haben seit 2003 die Möglichkeit, sich mit einer guten finanziellen Absicherung früher pensionieren zu lassen, seit 2005 können sie mit 60 in Rente gehen. Ein langer gewerkschaftlicher Kampf führte zur sozialpartnerschaftlichen Lösung mit einer eigens dafür gegründeten Stiftung (Stiftung FAR), welche über Lohnabzüge (1% Arbeitnehmer, 4% Arbeitgeber) finanziert ist.

Es steht der Stadt Zürich gut an, auch in diesem Bereich eine Vorreiterinnenrolle einzunehmen, die hoffentlich auf die Privatwirtschaft ausstrahlt und auch Arbeiterinnen und Arbeitern in Verschleissjobs ohne starke Lobby eine Frühpensionierung und damit einen selbstbestimmten und gesunden Austritt aus dem Erwerbsleben erlaubt.

Mitteilung an den Stadtrat

1537. 2023/126

Interpellation von Andreas Egli (FDP) und Claudio Zihlmann (FDP) vom 15.03.2023:

Personalsituation bei der Stadtpolizei, Fluktuation beim Korps über die letzten fünf Jahre, Vergleichszahlen mit anderen schweizerischen Polizeikorps, Kosten bei Abgängen nach der Ausbildung und Massnahmen, um der angespannten Situation zu begegnen sowie Entwicklung der medizinisch begründeten Absenzen

Von Andreas Egli (FDP) und Claudio Zihlmann (FDP) ist am 15. März 2023 folgende Interpellation eingereicht worden:

Die Personalsituation bei der Stadtpolizei ist bekanntlich angespannt, nachdem ein ohnehin bereits verspätet gestellter Antrag der Vorsteherin des Sicherheitsdepartements/des Stadtrats auf Stellenerhöhung bei der

Stadtpolizei im Gemeinderat von SP/AL/Grünen/glp zuerst unter dem Vorwand auf Diskussion des Antragsberichts in der Kommission abgelehnt und ein weiteres Jahr später nur die Hälfte der benötigten zusätzlichen Personaltranche bewilligt wurde. Zwischenzeitlich scheint sich die Personalsituation weiter zu verschärfen; häufige unregelmässige Einsätze an Wochenenden im Ordnungsdienst, namentlich bei unbewilligten oder nur spontan bewilligten Demonstrationen, scheinen Usus zu sein, Überstunden können kaum mehr abgebaut werden und selbst «garantierte freie Wochenenden» sind nicht mehr garantiert. Vor diesem Hintergrund steigen die Risiken innerer Kündigungen und gesundheitlicher Überlastungen bis hin zu Burn-outs beim Personal. Andere Korps (Kantonspolizei Zürich, Gemeindepolizeien etc.) bieten ähnlichen Lohn bei deutlich weniger unregelmässigen Einsätzen und in einem deutlich weniger aggressiven, ja feindseligen Umfeld der «Klientel», aber auch Politik und medialen Begleitung.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie gestaltet sich die monatliche/jährliche Fluktuation bei den Korpsangehörigen der Stadtpolizei über die letzten 5 Jahre in den verschiedenen Abteilungen, namentlich der Sicherheitsabteilung, und welches Dienstalter hatten die abgehenden Korpsangehörigen?
2. Sind Vergleichszahlen mit anderen schweizerischen Polizeikorps bekannt und falls ja, in welchem Verhältnis stehen diese zu jenen der Stadtpolizei?
3. Wie rekrutierte die Stadtpolizei in den letzten 5 Jahren jährlich ihre Korpsangehörigen (Polizeischule/andere Korps) und wohin wechselte ausscheidendes Personal in derselben Zeit (anderes Polizeikorps, Privatwirtschaft, Pensionierung, unbekannt)?
4. Mit welchen Kosten rechnet der Stadtrat pro Korpsangehöriger, der / die nach ihrer Ausbildung bei der Stadtpolizei Zürich das Korps verlässt bzw. wie hoch sind die Einsparungen für ein anderes Korps, wenn es Personal von der Stadtpolizei Zürich «übernehmen» kann?
5. Welche Massnahmen - über die nächtliche Schliessung von Regionalwachen hinaus - hat das Sicherheitsdepartement bereits ergriffen, um der Problematik der angespannten Personalsituation zu begegnen und den Polizeiberuf in der Stadt Zürich wieder attraktiver zu machen? Welche weitere kurz- mittel- und langfristigen Massnahmen sind geplant und welche Massnahmen denkbar?
6. Wie entwickelten sich die medizinisch begründeten Absenzen über die letzten 5 Jahre pro Monat/Jahr im Durchschnitt bei den Korpsangehörigen?

Mitteilung an den Stadtrat

1538. 2023/127

Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 15.03.2023:

Einfluss des Steuerfusses auf die Einnahmen, Mindereinnahmen für das Jahr 2024 bei einem Steuerfuss von 116 oder 114 Prozent und kumulierte Ertragsüberschüsse in den Jahren 2016–2021 bei einem Steuerfuss von 116 oder 114 Prozent

Von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) ist am 15. März 2023 folgende Interpellation eingereicht worden:

«Die Rechnung 2021 der Stadt Zürich schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 120,1 Millionen Franken ab.» (Medienmittelung der Stadt Zürich, 22. März 2022)

«Die Rechnung 2020 der Stadt Zürich schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 54,6 Millionen Franken ab. Die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie belasten die Erfolgsrechnung mit rund 172 Millionen Franken.» (Medienmittelung der Stadt Zürich, 16. März 2021)

«Die Rechnung 2019 der Stadt Zürich schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 83,2 Millionen Franken ab.» (Medienmittelung der Stadt Zürich, 7. April 2020)

«Die Rechnung 2018 der Stadt Zürich schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 107,8 Millionen Franken ab.» (Medienmittelung der Stadt Zürich, 12. März 2019)

«Die Rechnung 2017 der Stadt Zürich weist einen Ertragsüberschuss von 152,6 Millionen Franken auf.» (Medienmittelung der Stadt Zürich, 13. März 2018)

«Die Rechnung 2016 der Stadt Zürich schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 288 Millionen Franken ab.» (Medienmittelung der Stadt Zürich, 7. März 2017)

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche ungefähren Mindereinnahmen ergeben sich in der Rechnung 2024, wenn die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2024 neu auf 116 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt werden? Als Berechnungsgrundlage soll der Finanz- und Ausgabenplan 2023-2026 dienen.
2. Welche ungefähren Mindereinnahmen ergeben sich in der Rechnung 2024, wenn die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2024 neu auf 114 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt werden? Als Berechnungsgrundlage soll der Finanz- und Ausgabenplan 2023-2026 dienen.
3. Welchen kumulierten Ertragsüberschuss hat die Stadt Zürich gemäss den Rechnungen 2016 bis 2021 erzielt?
4. Welchen kumulierten Ertragsüberschuss hätte die Stadt Zürich in den Jahren 2016 bis 2021 erzielt, wenn die ordentlichen Gemeindesteuern 116 Prozent der einfachen Staatssteuer betragen hätten?
5. Welchen kumulierten Ertragsüberschuss hätte die Stadt Zürich in den Jahren 2016 bis 2021 erzielt, wenn die ordentlichen Gemeindesteuern 114 Prozent der einfachen Staatssteuer betragen hätten?

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion, die drei Postulate und die zwei Interpellationen werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

1539. 2023/128

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Andreas Egli (FDP), Peter Anderegg (EVP) und 35 Mitunterzeichnenden vom 15.03.2023:
Intervention der Stadtpolizei beim Bundesasylzentrum (BAZ), Anzahl Einsätze mit Aufschlüsselung nach Deliktsarten**

Von Andreas Egli (FDP), Peter Anderegg (EVP) und 35 Mitunterzeichnenden ist am 15. März 2023 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Unterzeichnenden sorgen sich über Hinweise, dass Bewohnerinnen und Bewohner des Bundesasylzentrums an der Duttweilerstrasse vermehrt Anlass zu Interventionen und Aktivitäten der Stadtpolizei Zürich geführt hätten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Frage:

1. Wie viele Einsätze der Stadtpolizei Zürich erfolgten monatlich auf dem Gebiet der Stadt Zürich seit Eröffnung des BAZ im Zusammenhang mit Bewohnerinnen und Bewohnern des BAZ, möglichst aufgliedert nach Deliktsarten bzw. dem Grund der polizeilichen Intervention gemäss Journaleintrag, insbesondere Diebstahl, Drohung, Körperverletzungen und Tötlichkeiten?

Mitteilung an den Stadtrat

1540. 2023/129

**Schriftliche Anfrage von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Severin Meier (SP) vom 15.03.2023:
Quartierbezogene Musikfestivals in den Sommermonaten, Lärmklagen und bewilligungstechnische Folgen, Güterabwägung zwischen soziokulturellem Nutzen und Lärmschutz, räumliche und zeitliche Ausdehnung der Bewilligungen bei runden Jubiläen sowie mögliche vereinfachte Bewilligungspraxis für jährlich wiederkehrende Veranstaltungen**

Von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Severin Meier (SP) ist am 15. März 2023 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Stadtzürcher Kulturleben wird in den Sommermonaten wesentlich durch kostenlose und quartierbezogene Musikfestivals geprägt. Viele dieser Festivals und Veranstaltungen basieren auf ausschliesslich ehrenamtlicher Arbeit und werden vorwiegend von engagierten, jungen Menschen aus den Quartieren organisiert. Die Festivals haben einen hohen soziokulturellen Wert und sind ein wichtiger Bestandteil der Entwicklung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die so selbstbestimmt eigene Projekte realisieren können. Für die städtische Bevölkerung sind die verschiedenen Festivals im Freien wichtige und hochgeschätzte Veranstaltungen, was nur unschwer an den jährlich steigenden Besucher:innenzahlen zu erkennen ist. Gerade im Bereich der Förderungen von jungen, lokalen und unbekanntem Künstler:innen leisten die Festivals einen wichtigen Beitrag. Durch die Stadt Zürich werden die verschiedenen Veranstaltungsformate aber nur beschränkt unterstützt, vielmehr haben die Veranstalter:innen oft den Eindruck, als würden ihnen Steine in den Weg gelegt. Gerade in Bezug auf die Bewilligungspraxis wird oft auf wenige Lärmklagen verwiesen, die eine zeitliche und räumliche Ausdehnung der Bewilligung verunmöglichen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Lärmklagen sind in den letzten sieben Jahren bei den folgenden Veranstaltungen eingegangen: Lauter Festival, Stolze Openair, Openair Wollishofen, Werdinsel Openair, Äms Fäscht, Wipkingen Openair, Vorstadt Sounds, Caliente, Stadtsommer, Idaplatz Fest, SchwamenAir?
2. Inwiefern hat sich bei den oben aufgelisteten Veranstaltungen in den letzten sieben Jahren der zeitliche bzw. räumliche Rahmen ausgedehnt? Und warum?
3. Wurden Veranstaltungen zeitlich bzw. räumlich aufgrund von (Lärm-)Klagen durch die Stadt Zürich bewilligungstechnisch eingegrenzt?
4. Was sind die Überlegungen des Stadtrates bei der Güterabwägung zwischen soziokulturellem Nutzen einer breit abgestützten und beliebten Quartierveranstaltung und dem Lärmschutz in Bezug auf die Bewilligungspraxis?
5. Kann sich der Stadtrat vorstellen, bei runden Jubiläen der einzelnen Non-Profit-Festivals ausnahmsweise die Bewilligung räumlich und zeitlich auszudehnen?
6. Wie stellt die Stadt Zürich sicher, dass die verschiedenen Veranstaltungen in Bezug auf die Bewilligungspraxis gleichbehandelt werden?
7. Wie ist das Verhältnis zwischen der städtischen Veranstaltungsreihe Stadtsommer und der Bewilligungspraxis für non-profit organisierte Festivals auf dem Stadtgebiet? Wurden Antragsgesuche aufgrund des Stadtsommers nicht bewilligt (insbesondere in Bezug auf begrenzte Veranstaltungstage auf Grünflächen)? Welche waren das?
8. Kann sich der Stadtrat in Bezug auf jährlich wiederkehrende und im Quartier fest verankerte Veranstaltungen eine vereinfachte Bewilligungspraxis vorstellen? Zum Beispiel im Rahmen einer Meldepflicht für Veranstalter:innen?

Mitteilung an den Stadtrat

1541. 2023/130

Schriftliche Anfrage von Severin Meier (SP) und Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) vom 15.03.2023:

Quartierbezogene Musikfestivals in den Sommermonaten, Dienst- und Sachleistungen der Stadt für Non-Profit-Festivals und Vergaberichtlinien, weitere Kulturförderungsmassnahmen und Unterstützung von nichtkommerziellen Festivals durch den Popkredit

Von Severin Meier (SP) und Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) ist am 15. März 2023 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Stadtzürcher Kulturleben wird in den Sommermonaten wesentlich durch kostenlose und quartierbezogene Musikfestivals geprägt. Viele dieser Festivals und Veranstaltungen basieren auf ausschliesslich ehrenamtlicher Arbeit und werden vorwiegend von engagierten, jungen Menschen aus den Quartieren organisiert. Die Festivals haben einen hohen soziokulturellen Wert und sind ein wichtiger Bestandteil der Entwicklung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die so selbstbestimmt eigene Projekte realisieren können. Für die städtische Bevölkerung sind die verschiedenen Festivals im Freien wichtige und hochgeschätzte Veranstaltungen, was nur unschwer an den jährlich steigenden Besucher:innenzahlen zu erkennen ist. Gerade im Bereich der Förderungen von jungen, lokalen und unbekanntem Künstler:innen leisten die Festivals einen wichtigen Beitrag.

Durch die Stadt Zürich werden die verschiedenen Veranstaltungsformate aber nur beschränkt unterstützt,

vielmehr fühlen sich die Veranstalter:innen oft, als würden ihnen Steine in den Weg gelegt und ihre Arbeit nicht anerkannt. Da die verschiedenen Veranstaltungen einen hohen Mehrwert für die Stadtbevölkerung mit sich bringen, stellt sich die Frage, wie der Stadtrat diese Veranstaltungen bewertet und ob es nicht in seinem Sinne ist, diese tatkräftiger mit Dienst- und Sachleistungen zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Dienst- und Sachleistungen können Non-Profit-Festivals von der Stadt kostenlos oder vergünstigt beziehen (bezogen auf unter anderem Bewilligungsgebührenerlass; gratis Sperrung von Parkplätzen; Veloständer; Entsorgung & Recycling; Lagerräume)?
2. Gibt es andere Kulturförderungsmassnahmen der Stadt Zürich, welche Non-Profit-Festivals beziehen können?
3. Wenn die Stadt Zürich Non-Profit-Festivals mit Dienst- und Sachleistungen gratis oder vergünstigt unterstützt, an welchen Richtlinien zur Vergabe orientiert sie sich?
4. Ist es im Interesse der Stadt Zürich, dass Besucher:innen der Non-Profit Festivals mit dem Velo anreisen und die Besucher:innen adäquate Veloabstellplätze finden? Wenn Ja, kann sich der Stadtrat vorstellen, solche Veloabstellplätze zukünftig kostenlos zur Verfügung zu stellen?
5. Wieso kann der städtische Popkredit nur kostenpflichtige Veranstaltungen unterstützen? Was müsste sich ändern, damit die Unterstützung von nichtkommerziellen Festivals durch den Popkredit erfolgen kann?
6. Wie könnte eine Zusammenarbeit vom Propkredit und den nichtkommerziellen Festivals aussehen?
7. Im Artikel vom 04.06.2022 auf Tsüri.ch begründete der Ressortleiter des Popkredits die Nicht-Unterstützung von Gratisfestivals folgendermassen: «Bei vielen Gratis-Konzerten steht die Musik nicht zwingend im Zentrum, weil die Veranstalter:innen mit anderen Angeboten wie Essensständen die Eintritte wettmachen müssen». Wie stellt sich der Stadtrat die Finanzierung von kostenlosen Musikfestivals und Veranstaltungen ohne Unterstützung der Stadt Zürich und ohne Essensstände vor?
8. Wie unterscheiden sich Musikangebote mit Essensangebot, bei welchen die Musik im Zentrum steht, von solchen, bei denen die Musik nicht im Zentrum steht? Wie können Erstere trotzdem unterstützt werden? Bedeutet es für den Stadtrat, dass sobald ein Essensstand auf Platz steht, dass die Musik nicht mehr im Zentrum steht?

Mitteilung an den Stadtrat

1542. 2023/131

Schriftliche Anfrage von Markus Knauss (Grüne) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 15.03.2023:

Entwicklung des Perimeters Bahnhof Hardbrücke/Escher-Wyss-Platz, aktuelle Belegung der Gebäude Hardstrasse 243 und 245, Angaben zu den Mietverträgen, Pläne für die Autowaschanlage, Entwicklungsabsichten für das Gesamtareal und Potenzial des Areals betreffend Wohnbau sowie Massnahmen zur Hitzeminderung

Von Markus Knauss (Grüne) und Brigitte Fürer (Grüne) ist am 15. März 2023 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Parzelle IQ 6978 (Gebäude Hardstrasse 243 und 245) befindet sich im Besitz der Stadt Zürich und hat eine Arealgrösse von 5708 m². Sie liegt in einer 6-geschossigen Zentrumszone und weist einen Mindestwohnanteil von 33% auf. Das Areal ist auch Bestandteil des 2003 erlassenen Gestaltungsplans Escher-Wyss-Gebiet (Ergänzender Gestaltungsplan Baufeld H). Für den Stadtraum Hardbrücke hat dieses Areal aufgrund der speziellen Lage - ziemlich genau in der Mitte zwischen Bahnhof Hardbrücke und Escher-Wyss-Platz gelegen - eine grosse Bedeutung. Im kommunalen Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten ist die Achse Hardbrücke /Escher-Wyss-Platz denn auch als Quartierzentrum festgelegt (Festlegung Nr. 14) Das Areal ist eine der wenigen Liegenschaften im Perimeter Hardbrücke in städtischem Besitz. Sie hätte also durchaus das Potential, einen ausgleichenden Faktor zu den vielen renditegetriebenen Planungen im Umfeld darzustellen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie ist die aktuelle Belegung der Gebäude Hardstrasse 243 und 245 (Wohnnutzungen, Gewerbenutzungen, etc.)?
2. Wie sieht die Mietsituation aus? Welche Mietverträge sind befristet, welche unbefristet?

3. Das Areal ist bisher autoorientiert genutzt. Welche Pläne gibt es für die bestehende Waschanlage, liegt hier ein befristeter Vertrag vor? Falls ja, wann läuft dieser aus?
4. Welche Entwicklungsabsichten verfolgt die Stadt Zürich für das Gesamtareal?
5. Welches Potential schreibt der Stadtrat dem Areal bezüglich Wohnbau zu, insbesondere als Gegengewicht zu den renditegetriebenen Planungen im Umfeld?
6. Das Areal liegt in einem Gebiet, das bezüglich Wärme (PET) sehr stark belastet ist. Die Anzahl sowohl der Hitzetage wie der Tropennächte liegt bei ca. 30 - 50 pro Jahr. Welche Massnahmen zur Hitzeminderung sind auf dem Areal vorgesehen, werden insbesondere die bestehenden Autoabstellplätze an der Oberfläche aufgehoben oder entsiegelt?

Mitteilung an den Stadtrat

1543. 2023/132

Schriftliche Anfrage von Stephan Iten (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 15.03.2023:

Kündigung von Mietverhältnissen für die Unterbringung von Asylsuchenden, Herausforderungen mit Blick auf den aktuellen Ansturm, Handhabung bei Wohnungsvergaben, weitere Unterbringungsmöglichkeiten, Verhinderung von Kündigungen sowie Einordnung der Zuwanderungs- und Migrationspolitik seitens Bund und Kanton

Von Stephan Iten (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 15. März 2023 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Mehrere Kommunen, so unter anderem die Gemeinde Seegräben, sind kürzlich in die Schlagzeilen geraten. Dies, weil sie Mietverhältnisse mit ordentlichen Mietern für die Unterbringung von Asylanten gekündigt haben.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welches sind die grössten Probleme und Herausforderungen der Gemeinde im Hinblick auf den aktuellen Ansturm von Asylsuchenden? Wie begegnet der Stadtrat diesem Ansturm?
2. Wie ist die aktuelle Handhabung und das Vorgehen des Stadtrates bei Wohnungsvergaben an Asyl- und Schutzsuchende?
3. Welche weiteren Unterbringungsmöglichkeiten, neben Wohnungen, zieht der Stadtrat in Betracht? Zieht er auch Zivilschutzanlagen und ähnliche freistehende Bauten in Betracht?
4. Wie verhindert der Stadtrat, dass in der Gemeinde wohnhaften Mieterinnen und Mietern die Wohnung für die Unterbringung von Asyl- und Schutzsuchenden gekündigt wird?
5. Erachtet es der Stadtrat grundsätzlich als verhältnismässig und legitim, langjährigen Mieterinnen und Mietern zu kündigen, um in den betroffenen Liegenschaften Asyl- und Schutzsuchende unterzubringen? Wenn ja, wieso und unter welchen Umständen?
6. Werden Asyl- und Schutzsuchende bei der Wohnungsvergabe in gemeindeeigenen Liegenschaften gegenüber anderen Wohnungssuchenden bevorzugt? Wenn ja, in welchen Fällen und wieso?
7. Unterscheidet der Stadtrat zwischen der Herkunft der Asyl- und Schutzsuchenden bei der Unterbringung? Wenn ja, wie und wieso unterscheidet er?
8. Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass die Zuwanderungs- und Migrationspolitik seitens Bund und Kanton ausser Kontrolle geraten ist und dringend in den Griff gekriegt werden muss, da die Gemeinden und deren Einwohnerinnen und Einwohner abschliessend die Leidtragenden sind?

Mitteilung an den Stadtrat

1544. 2023/133

Schriftliche Anfrage von Derek Richter (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 15.03.2023:

Anpassung der Lärmgrenzwerte, gesundheitliche Risiken durch den nächtlichen Tram- und Bahnlärm, weitere Emissionen durch den schienenbasierten Verkehr, Ausweitung der Nachtruhe auf den Schienengüterverkehr und Gefahrguttransporte auf der Schiene durch das Gebiet der Stadt

Von Derek Richter (SVP) und Stephan Iten (SVP) ist am 15. März 2023 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Lärm ist ein Wahrnehmungsfinden und dabei zeigen wissenschaftliche Erkenntnisse (siehe Schriftliche Anfrage 2022/576) auf, dass die Gesundheit darunter leidet. Die Eidgenössischen Kommission für Lärmbekämpfung schlägt deshalb eine Anpassung der Lärmgrenzwerte vor. In diesem Zusammenhang ist nicht einzusehen, weshalb der motorisierte Individualverkehr und der Flugverkehr als quasi einzige Lärmquelle tendenziös betitelt werden, während andere Verkehrsträger kaum betrachtet werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Sind dem Stadtrat die gesundheitlichen Risiken durch nächtlichen Tram- und vor allem Bahnlärm bekannt und wenn ja, was schliesst er daraus?
2. Welche weiteren Emissionen werden durch schienenbasierten Verkehr verursacht?
3. Schwere Nutzfahrzeuge ist die Fahrt zwischen 5:00 und 22:00 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen nur mit kostenpflichtiger Ausnahmebewilligung gestattet (z.B. Lebensmitteltransporte). Kann sich der Stadtrat im Sinne einer Gleichstellung und zum Schutz der Bevölkerung vorstellen, die Verlängerung der Nachtruhe auf die von der eidgenössischen Kommission für Lärmbekämpfung empfohlenen Stunden (22 - 7 Uhr) auch für den Schienengüterverkehr zu fordern?
4. Wäre der Stadtrat bereit, sich bei der eidgenössischen Kommission für Lärmbekämpfung im Sinne einer Schadensminimierung für eine Höchstgeschwindigkeit für den Schienengüterverkehr auf Tempo 30 während oben genannten Zeiten einzusetzen?
5. Wie viele Gefahrguttransporte gem. RID (Reglement concernant le transport international ferroviaire des marchandises dangereuses) werden jährlich im Schnitt auf der Schiene über das Gebiet der Stadt Zürich durchgeführt? Ist der Stadtrat bereit, sich bei der Betreiberin dafür einzusetzen, dass diese über weniger dicht besiedeltes Gebiet geführt werden?
6. Welche Massnahmen sind von Seiten Stadt Zürich in Kraft, um Unfälle/Katastrophen auf dem Schienennetz wie z.B. in Affoltern (8. März 1994) oder East Palestine Ohio/USA (3. Februar 2023) zu verhindern und/oder Schaden zu minimieren?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s s e n

1545. 2022/246

Weisung vom 15.06.2022:

Sozialdepartement, Volksinitiative «Ein Lohn zum Leben», Antrag auf Teilungültigkeit, Zustimmung, Gegenvorschlag

Das Initiativkomitee zieht die Volksinitiative «Ein Lohn zum Leben» zurück.

1546. 2023/27

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Mischa Schiwow (AL), Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und 28 Mitunterzeichnenden vom 18.01.2023:
Ersatzneubauten in Witikon, Gründe für die städtische Jury-Beteiligung für die Ersatzneubauten der Siedlung «Glockenacker-Witikon», Nachhaltigkeit sowie Sozial- und Quartierverträglichkeit des Projekts, Stellungnahme zur Wahl des Siegerprojekts, Ersatzangebote für die Bewohnerschaft sowie Massnahmen zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 432 vom 1. März 2023).

1547. 2023/54

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Roger Suter (FDP), Susanne Brunner (SVP) und 55 Mitunterzeichnenden vom 01.02.2023:
Städtisches Verkehrskonzept während der Rad-WM 2024, Gewährleistung der Mobilität der Bevölkerung und der Betriebe, Kapazitäten und mögliche Kostenübernahme für zusätzliche Blaulichteinsätze, Entschädigung der Betriebe bei allfälligen Einbussen sowie Beurteilung der fehlenden Koordination respektive Kommunikation der städtischen und kantonalen Massnahmen**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 424 vom 1. März 2023).

1548. 2022/584

**Schriftliche Anfrage von Moritz Bögli (AL) und Tanja Maag Sturzenegger (AL) vom 16.11.2022:
Integrierte Sonderschulung, Situation betreffend Anstellungsbedingungen von Angestellten innerhalb eines Sondersettings, Rückmeldungen und Erfahrungen zum Systemwechsel hin zur Verantwortung der Regelschule und Budgetsituation zu den Sonderschulmassnahmen sowie Administrativ- und Führungsaufwand auf der Ebene Schulleitung**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 438 vom 1. März 2023).

1549. 2022/599

**Schriftliche Anfrage von Heidi Egger (SP), Nadia Huberson (SP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 23.11.2022:
Zerstörung der zivilen Infrastruktur der Ukraine durch Russland, Möglichkeiten zur Unterstützung der ukrainischen Versorger, Partnerschaft hinsichtlich des Wiederaufbaus sowie Beteiligung an übergeordneten Bestrebungen für den Wiederaufbau und die Nothilfe**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 422 vom 1. März 2023).

1550. 2022/600

Schriftliche Anfrage von Ivo Bieri (SP) und Angelica Eichenberger (SP) vom 23.11.2022:

Verkehrssituation an der Kreuzung Seefeld-/Ida-Bindschedler-Strasse, Situation betreffend Verkehrsunfällen, Beurteilung der Verkehrssicherheit und des Handlungsbedarfs sowie Gewährleistung der Erschliessung des hinteren Teils der Seefeldstrasse

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 425 vom 1. März 2023).

1551. 2022/601

Schriftliche Anfrage von Mélissa Dufournet (FDP) und Andreas Egli (FDP) vom 23.11.2022:

Städtisches Mobilitätskonzept, Rolle des öffentlichen Verkehrs, Vor- und Nachteile eines Eigentrassees gegenüber Mischflächen, Veränderung des Verhältnisses dieser Flächen und Entwicklung des Passagieraufkommens des öffentlichen Verkehrs sowie Voraussetzungen zur Sicherstellung des öffentlichen Verkehrs als attraktives Transportmittel

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 437 vom 1. März 2023).

1552. 2022/603

Schriftliche Anfrage von Jean-Marc Jung (SVP) und Reto Brüesch (SVP) vom 23.11.2022:

Situation in den ehemaligen Gammelhäusern im Langstrassenquartier, Entwicklung der Projekte an der Neufrankengasse 6 und 14, Zusammensetzung der Bewohnenden, Vorfälle und Gesetzesverstösse, Kosten für die Instandsetzung, Reparaturen und den Betrieb sowie Hintergründe zur Sanierung der Liegenschaft an der Magnusstrasse 27

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 439 vom 1. März 2023).

1553. 2022/604

Schriftliche Anfrage von Mischa Schiwow (AL) vom 23.11.2022:

Vermietung der Liegenschaft an der Freiestrasse 58, Vereinbarungen mit dem Jugendwohnnetz über freierwerdende Wohnungen, Information der Mieterschaft, Beurteilung des Konfliktpotenzials einer gemischten Nutzung, Hintergründe zur Fluktuation und den Mieten sowie künftige Nutzung nach Abschluss der Sanierung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 423 vom 1. März 2023).

1554. 2022/605

Schriftliche Anfrage von Michael Schmid (AL) vom 23.11.2022:

Einsatz von IMSI-Catchern bei der Stadtpolizei oder anderen Behörden auf Stadtgebiet, Verwendungszwecke, Rechtsgrundlagen für den Einsatz, Aufbewahrung der Daten und Regelung der Einsichtsrechte sowie Gewährleistung der Verfügbarkeit der Notrufnummern

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 427 vom 1. März 2023).

1555. 2022/647

Schriftliche Anfrage von Roger Suter (FDP) und Deborah Wettstein (FDP) vom 07.12.2022:

Vorfälle in den ehemaligen «Gammelhäusern» an der Neufrankengasse 6 und 14, Massnahmen gegen die Ausbreitung der Drogenszene, Situation betreffend Personen mit psychischen Erkrankungen, Beurteilung der Konzentration des Angebots auf den Standort und Massnahmen zur Erhaltung der Aufwertung des Langstrassenquartiers

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 440 vom 1. März 2023).

1556. 2022/648

Schriftliche Anfrage von Martin Busekros (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 07.12.2022:

Ersatzfreiheitsstrafe bei Bussen oder Geldstrafen, Anzahl betroffener Personen in den letzten 5 Jahren, Dauer der durchschnittlichen Haftdauer, Kosten eines Hafttages und Hintergründe zu den Bussen der VBZ

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 426 vom 1. März 2023).

1557. 2022/649

Schriftliche Anfrage von Martin Busekros (Grüne) und Dominik Waser (Grüne) vom 07.12.2022:

Angebot «ewz.solarzüri», durchschnittliche LCOE (levelized cost of electricity) der gebauten Solaranlagen, Kalkulation des verrechneten Preises pro kWh, Beschwerden der Kundschaft von Solarzüri und Begründung betreffend Nichtrückvergütung des Netzzuschlags

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 621 vom 8. März 2023).

1558. 2022/650

Schriftliche Anfrage von Stefan Urech (SVP) und Susanne Brunner (SVP) vom 07.12.2022:

Situation bei den Aufgängen zum Gleisbogen betreffend Aufenthalt von Bewohnern des Bundesasylzentrums (BAZ), Kenntnisstand des Stadtrats, Hintergründe zum Alkoholkonsum, Erhöhung der Sicherheit für die Kinder auf dem Schulweg sowie generelle Massnahmen zur Verbesserung der Situation

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 441 vom 1. März 2023).

Nächste Sitzung: 22. März 2023, 17 Uhr.